

Behörden Spiegel

Unabhängige Zeitung für den Öffentlichen Dienst

Sonderdruck

Nr. II / 26. Jahrgang

Berlin und Bonn / Februar 2010

www.behoerderspiegel.de

Stärkung von Europol entscheidend

Dr. Thomas de Maizière: "Was unser Land im Innersten zusammenhält"

(BS) Das Aufgabenspektrum des neuen Bundesinnenministers ist breit gefächert: Dr. Thomas de Maizière spricht im Interview mit dem Behörden Spiegel neben Sicherheitsthemen auch über Integration und Migration als Schwerpunkte seiner Arbeit. De Maizière erklärt, wie die polizeiliche Zusammenarbeit in Europa verbessert werden kann und ob sich genug Polizisten für die Ausbildung von Sicherheitskräften in Afghanistan finden. Zur Sprache kommen außerdem die Konkurrenz der Länder im Dienstrecht und die Einführung des BOS Digitalfunks. R. Uwe Proll, Chefredakteur des Behörden Spiegel, stellte die Fragen.

Behörden Spiegel: Herr Minister, was ist der Unterschied zwischen innerer und öffentlicher Sicherheit?

Dr. de Maizière: Wenn ich von staatlicher Verantwortung für die Sicherheit spreche, verwende ich den Begriff "öffentliche Sicherheit". Innere Sicherheit ist für mich etwas, was Menschen ausstrahlen können, eine Haltung. Sie ist in ihrem Kern nichts, was man außerhalb der Politik mit Polizeiarbeit oder Ähnlichem verbindet. Öffentliche Sicherheit dagegen ist etwas, was der Staat schafft, wobei natürlich die innere Sicherheit des Einzelnen auch durch öffentliche Sicherheit entsteht.

Behörden Spiegel: In der Vergangenheit war das Bundesinnenministerium in der öffentlichen Wahrnehmung ein Sicherheitsministerium. Welche Schwerpunkte setzen Sie?

Dr. de Maizière: Mir ist daran gelegen, das ganze Aufgabenspektrum meines Ministeriums deutlich zu machen. Es wäre daher falsch, meine Rolle als Innenminister auf das eine oder andere Thema zu beschränken.



Polizeiliche Kooperation verlangt Information. Bundesinnenminister Thomas de Maizière beim Besuch der Bundespolizei. Foto: BS/BMI

Natürlich wird es Phasen geben, wo etwa Fragen der öffentlichen Sicherheit, der Integration oder des Öffentlichen Dienstes im Mittelpunkt stehen. Aber der Innenminister heißt eben Innenminister, weil er die gesamte innere Verfasstheit unseres Landes zur Aufgabe hat, mit allem, was unser Land im Innersten zusammenhält. Dazu gehört die öffentliche Sicherheit genauso wie die anderen Bereiche meines Hauses.

Behörden Spiegel: Die innere Verfasstheit und der gesellschaft-

liche Zusammenhalt in unserem Land sind zentrale Themen für Sie. Wie kann aus Ihrer Sicht ein Zusammenleben in Vielfalt gelingen und welche Maßnahmen planen Sie als Integrations- und Migrationsminister?

Dr. de Maizière: Die Themen Migration und Integration gehören für mich untrennbar zusammen. Angesichts weltweiter Migrationsbewegungen und der zunehmenden Vielfalt unserer Gesellschaft ist Integration eine Schlüsselaufgabe für uns alle. Damit ein Zusammenleben in

Vielfalt funktioniert, müssen sich Aufnahmegesellschaft und Zuwanderer öffnen und aufeinander zu bewegen. Wichtig ist, dass die Menschen einander verstehen, miteinander sprechen können und sich wechselseitig akzeptieren. Unverrückbarer Rahmen für ein Zusammenleben ist dabei unsere Kultur und Rechtsordnung. Mit unserem bundeseinheitlichen System der Integrationskurse, in denen neben Sprachkenntnissen auch Kenntnisse unserer Rechtsordnung, Kultur und Geschichte vermittelt werden, schaffen wir hierfür die Basis. Daneben ist aber auch der Dialog wichtig. Die Deutsche Islam Konferenz werde ich daher fortführen.

Insgesamt wurde in der Integrationspolitik schon viel erreicht, aber ich sehe auch, dass große Anstrengungen weiterhin notwendig sind. Die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag bestärken mich in meiner Absicht, das Thema weiter voranzubringen.

Behörden Spiegel: Wird zu dieser Aufgabe ein neuer Staatssekretär berufen? Zu dessen Aufgabengebiet könnte auch die Demographie, eine neue Aufgabe Ihres Hauses, zählen.

Dr. de Maizière: Das Bundesinnenministerium hat zwei beamtete Staatssekretäre, die die unterschiedlichen Aufgabenbereiche des Hauses abdecken. Hier sehe ich keinen Änderungsbedarf. Richtig ist allerdings, dass mein Haus nunmehr auch für die Koordinierung der Demographie-Politik der Bundesregierung zuständig ist. Hierzu werde ich einen interministeriellen Ausschuss "Demographie" zur Koordinierung von Programmen und Initiativen der Ressorts zur Gestaltung des demographischen Wandels auf Staatssekretärs-Ebene einberufen. Wir haben in Meseberg beschlossen, dass bis 2012 eine ressortübergreifende Demographiestrategie der Bundesregierung erarbeitet werden soll.

Behörden Spiegel: Sie fordern eine bessere polizeiliche Zusammenarbeit in Europa. Über welche Institutionen soll das laufen?

Dr. de Maizière: Entscheidend für die Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit in Europa ist die Stärkung von Europol. Die Mitgliedstaaten sollten Europol in Fällen grenzüberschreitender schwerer Kriminalität grundsätzlich als ersten Informationskanal nutzen und noch mehr Informationen als bisher an Europol weiterleiten. Ein geeignetes Instrument hierfür ist der sogenannte "Data-loader", mit dem Informationen, die in den Mandatsbereich von Europol fallen, von den Polizeien der EU-Mitgliedstaaten automatisch an das Europol-Informationssystem weitergeleitet werden können. Das Programm wird in Deutschland und einigen weiteren EU-Mitgliedstaaten bereits mit Erfolg eingesetzt. Ich würde es sehr begrüßen, wenn alle EU-Mitgliedstaaten diesen Weg einschlagen könnten.

Darüber hinaus ist aber auch die bilaterale polizeiliche Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten wichtig, insbesondere in den Grenzregionen. Hier spielen die Gemeinsamen Zentren eine wichtige Rolle. Die Besonderheit

der Gemeinsamen Zentren besteht darin, dass dort nicht nur die Grenzschutzbehörden, sondern alle betroffenen Sicherheitsbehörden der beteiligten Staaten in einer gemeinsamen Dienststelle zusammenarbeiten. Sie stehen so allen mit Polizei- und Zollaufgaben beauftragten Stellen für den Austausch von Informationen mit grenzregionalem Bezug zur Verfügung. Die Zentren haben gerade dort eine wichtige Funktion, wo die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit durch Unterschiede in Sprache, Rechtsordnung, Behördenstruktur und Verwaltungsmentalität erschwert wird.

Natürlich müssen diese verschiedenen Kooperationsformen aufeinander abgestimmt sein, sodass europäische und bilaterale polizeiliche Zusammenarbeit sinnvoll ineinandergreifen.

Behörden Spiegel: Sie haben darauf hingewiesen, dass die Bekämpfung der transnationalen Kriminalität nicht nur eine funktionierende polizeiliche Zusammenarbeit voraussetzt. Können Sie dies an einem Beispiel verdeutlichen?

Dr. de Maizière: Ein gutes Beispiel ist der Umgang mit aktuellen Informationen aus Ermittlungsverfahren in Italien, die dort unter das Ermittlungsgeheimnis fallen. Über rein polizeiliche Kooperationsformen wie die – im Übrigen sehr konstruktive – deutsch-italienische Task-Force sind solche Erkenntnisse daher nicht ohne Zustimmung der sachleitenden Staatsanwaltschaft zu erlangen. In vielen anderen Ländern ist das ähnlich geregelt. Bei Ermittlungsverfahren gegen transnationale Strukturen der Organisierten Kriminalität kann so wegen der stark herausgehobenen Bedeutung von Staatsanwaltschaften und Ermittlungsrichtern der erforderliche Informationsaustausch nicht allein von polizeilicher Seite gewährleistet werden.

Aus diesem Grund sollten wir unter anderem über eine Ermitt-

lungszuständigkeit des Generalbundesanwalts für transnationale Delikte der Organisierten Kriminalität nachdenken. Das hätte den Vorteil, dass große Ermittlungsverfahren effizienter koordiniert werden könnten und ausländische Justizbehörden einen zentralen Ansprechpartner auf Seiten der deutschen Staatsanwaltschaft erhielten. Aber dies ist vor allem eine Frage der justiziellen Zusammenarbeit.

Behörden Spiegel: Die Vorlage zur Entsperrung der Mittel für den BOS Digitalfunk liegt im Haushaltsausschuss. Wann wird der neue Polizeifunk für die BOS nun Realität?

Dr. de Maizière: Der Digitalfunk für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben ist schon heute Realität. Die neue Technik wird durch die Einsatzkräfte parallel zur herkömmlichen analogen Technik eingesetzt, sowohl bei Großveranstaltungen wie Fußballländerspielen oder Volksfesten als auch bei täglichen Routineeinsätzen. Gegenwärtig haben bereits zwölf Bundesländer entsprechende Basisstationen in Betrieb genommen. "On air" sind beispielsweise die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sowie die Städte München, Köln und Stuttgart. Zahlreiche Bundesländer haben Ausschreibungen für die Beschaffung von Endgeräten abgeschlossen. Die beiden Netzverwaltungszentren des Digitalfunks BOS in Berlin und Hannover haben ihre Arbeit aufgenommen. Das BOS-Digitalfunknetz wird täglich von einigen tausend Angehörigen der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben aktiv genutzt.

Ich bitte um Verständnis, dass ich in diesem Zusammenhang keinen Zeitrahmen für die Entsperrung der Mittel für das Vergabeverfahren Betrieb nennen kann. Die Entscheidung hierüber obliegt dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages.

Behörden Spiegel: Um mehr Polizisten nach Afghanistan zu entsenden, müssen vorhandene Einheiten aufgestellt und ausgerüstet werden. Wie, wann und wo soll das geschehen? An wie viele Polizisten ist gedacht?

Dr. de Maizière: Nach einem zwischen Bund und Ländern abgestimmten und von der Innenministerkonferenz gebilligten Konzept wird Deutschland die Anzahl der nach Afghanistan entsandten Polizeitrainer im bilateralen Polizeiprojekt und im europäischen Polizeiprojekt EUPOL bis Mitte 2010 auf insgesamt 250 erhöhen. In Anlehnung an den sogenannten Königsteiner Schlüssel liegt der Anteil dafür zu einem Drittel beim Bund und zu zwei Dritteln bei den Ländern.

Darüber hinaus wurde im Koalitionsvertrag beschlossen, bis Mitte 2011 zwei sogenannte Internationale Einsatzeinheiten der Bundespolizei aufzubauen. Die hier vorgesehenen 240 Polizisten sind jedoch nicht für einen geschlossenen Einsatz im Rahmen von Ausbildungsmaßnahmen in Afghanistan vorgesehen.

Behörden Spiegel: Werden sich genügend deutsche Polizeibeamte für den gefährlichen Job anwerben lassen oder muss es eine soldatenähnliche Verpflichtung im Grundgesetz geben?

Dr. de Maizière: Die bundesweite Bewerberlage für Einsätze in Afghanistan ist gut und ausreichend.

Behörden Spiegel: Aus den USA schwappen neue Trends in der IT und der Verwaltungsmodernisierung rüber – Stichworte sind "Open Government", Transparenz und Partizipation. Wie weit kann sich ein Staat und der Politikprozess öffnen und welche Projekte sind bei der E-Partizipation angedacht?

Dr. de Maizière: Die Nutzung von IT im politischen Entschei-

dungsprozess ist eine besondere Chance für unsere Demokratie. Staat und Politik haben das große Mobilisierungspotenzial von Mitmach-Technologien erkannt. In vielen Bereichen werden diese Möglichkeiten auch schon rege genutzt. Ich denke hierbei etwa an die E-Petitionen des Deutschen Bundestages. Auch auf kommunaler Ebene gibt es eine Reihe von Beteiligungsangeboten, seien es die Bürgerhaushalte der Städte Köln, Hamburg und Berlin oder Online-Beteiligungen zu Stadtplanungsvorhaben.

Das Bundesinnenministerium hat Ende 2008 erstmals das "Mitmach-Internet" für einen Gesetzentwurf genutzt und den Referentenentwurf des Bürgerportal-Gesetzes per Online-Konsultation offen zur Diskussion gestellt. Die aktive Beteiligung hat gezeigt, dass das Mitmach-Web für die öffentliche Verwaltung in Zukunft einen entscheidenden Beitrag zu mehr Beteiligung und Transparenz leisten kann. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Aus dem IT-Investitionsprogramm des Bundes investieren wir zum Beispiel Mittel, um eine "Beratungsstelle E-Partizipation" aufzubauen. Die Beratungsstelle wird den Bundesbehörden dabei helfen, eigene Online-Mitmachprojekte umzusetzen und gemeinsam mit ihnen Potenziale und Nutzungsmöglichkeiten von Web 2.0 für ihre Fachthemen zu identifizieren. Ziel ist, E-Partizipation als Standardleistung der Bundesverwaltung zu etablieren.

Behörden Spiegel: Dienstleistungszentren sollen der Bundesregierung helfen, effizienter zu arbeiten. Die Zusammenlegung von u. a. IT-Kapazitäten in zentralen Serviceeinheiten stößt bei nachgeordneten Fachämtern und Spezialbehörden auch auf Skepsis. Wie viel IT wird konzentriert, was sollen die Behörden behalten?

Dr. de Maizière: Die IT-Leistungserbringung in der Bundes-

verwaltung soll künftig durch die IT-Dienstleistungszentren des Bundes erbracht werden. Durch diese Konsolidierung sollen nicht nur die knappen Ressourcen effizienter genutzt, sondern auch eine Professionalisierung der IT-Leistungserbringung erreicht werden. Betonen möchte ich an dieser Stelle, dass es sich bei dem Konzept "DLZ-IT des Bundes" um die Organisation der IT-Leistungserbringung innerhalb des Bundes und nicht um ein Outsourcing handelt.

Der Rat der IT-Beauftragten der Bundesregierung hat dazu in seiner Sitzung im Dezember 2009 die ersten IT-Dienstleistungszentren des Bundes benannt, die Bundesstelle für Informationstechnik im Bundesverwaltungsamt, das Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik und das Dienstleistungszentrum für Informationstechnik des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Die Dienstleistungszentren sollen künftig IT-Leistungen für Querschnittsaufgaben erbringen wie z. B. IT für die Unterstützung von Personal- oder Dienstreisemanagement. Davon ist die Fach-IT abzugrenzen, die bei den Fachbehörden verbleiben kann. Allerdings kann auch hier eine Leistungserbringung durch die Dienstleistungszentren des Bundes sinnvoll sein.

Es ist nachvollziehbar, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden aufgrund der notwendigen Veränderungen sorgen. Wichtig ist, dass es sich hier um einen längeren Transformationsprozess handelt, der gerade erst begonnen hat. Die notwendigen Veränderungen können also – auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – gut gestaltet werden.

Behörden Spiegel: Sie haben kritisiert, dass manche Länder beim Dienstrecht zögerlich an den „moderaten Wettbewerb und die gewollte Vielfalt“ herangehen, die ihnen durch die Föderalismusreform ermöglicht wird.

Wie weit ist Vielfalt sinnvoll und wo hört Wettbewerb auf, moderat zu sein?

Dr. de Maizière: Vielfalt und Wettbewerb sind dort sinnvoll, wo Innovationsfähigkeit, Veränderungsbereitschaft und Flexibilität gestärkt werden, denn sie fördern gegenseitiges Lernen und Transparenz. Insofern bietet die föderale Neuausrichtung Chancen und Perspektiven für alle Bundesländer wie für den Bund, positive Akzente im Dienstrecht zu setzen und dabei die jeweiligen Besonderheiten zu berücksichtigen. Wettbewerb hört grundsätzlich dort auf, moderat zu sein, wo er einen fairen Umgang vermissen lässt.

Im Falle dienstrechtlicher Rahmenbedingungen bedeutet dies, dass der Wettbewerb zwischen den Ländern, aber auch zwischen Bund und Ländern, nicht zu Lasten Dritter, d. h. insbesondere nicht zulasten der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen, gehen darf. Eine solche Entwicklung ist jedoch nicht zu befürchten. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben des Art. 33 Abs. 5 GG bilden die gemeinsame "Klammer" für Bundes- und Landesgesetzgeber und begrenzen den gesetzgeberischen Spielraum. Zugleich werden mit dem Beamtenstatusgesetz die beamtenrechtlichen Grundstrukturen für Landes- und Kommunalbeamte einheitlich geregelt und so qualitätssichernde Standards gesetzt.

Behörden Spiegel: Ist es hinzunehmen, dass die reicheren Länder den ärmeren Ländern qualifiziertes Personal abwerben?

Dr. de Maizière: Ich teile diese Sorge nicht. Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Personalgewinnung liegt nicht nur in der Besoldungshöhe. Zahlreiche weitere Faktoren fließen in die Standortentscheidung ein. Dazu zählen interessante Tätigkeiten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gute berufliche Entwick-

lungsmöglichkeiten und Perspektiven. Aber auch die Verbundenheit zur Heimat, Familie und Freunden spielen eine wichtige Rolle, wenn es um die Frage der persönlichen Standortwahl geht. Die Besoldungshöhe ist da nur ein Kriterium bei der Personalgewinnung.

Das gilt auch für den Bereich der Tarifbeschäftigten. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen von Bund und Kommunen liegen wegen der Verhandlungsgemeinschaft und dem gemeinsamen Manteltarifvertrag nahe beieinander. Auch im Verhältnis zu den Ländern und zwischen den Ländern gibt es bis jetzt keine grundlegenden Unterschiede.

Behörden Spiegel: Die Koalition will "kreative Lösungen für die Schaffung von Flexibilisierungsmöglichkeiten" beim Ruhestandseintritt erreichen. Welche Modelle sind im Gespräch?

Dr. de Maizière: Wir sind erst am Beginn der neuen Legislaturperiode. Sie werden verstehen, dass ich mich zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf spezielle Modelle festlegen möchte. Fest steht aber, dass wir das bisherige Modell der geförderten Altersteilzeit nicht verlängern werden. Zur Bewältigung des demographischen Wandels wird es uns vielmehr darum gehen, wie wir neues, qualifiziertes Personal gewinnen können und dabei gleichzeitig die älter werdenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärker in den Blick zu nehmen. Uns geht viel Potenzial verloren, wenn wir die Älteren zu früh verlieren. Die Entwicklung alters- und altersgerechter Beschäftigungsbedingungen ist daher eine zentrale Aufgabe in dieser Legislaturperiode. Dabei wird es vor allem um die Frage gehen, wie es künftig gelingt, die Potenziale der älter werdenden Belegschaft noch besser zur beiderseitigen Zufriedenheit zu nutzen. Hierfür werden wir verschiedene Ansätze prüfen.